



Verkehrsausschuss

35. Sitzung (öffentlich)

28. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.45 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150
Vorlagen 13/1597 und 13/1598

Einzelplan 08 - Bereich Verkehr

1

Dem Bericht von Minister Dr. Axel Horstmann (MVEL) zur Zweiten Ergänzung zum Haushaltsentwurf 2003 schließt sich eine allgemeine Aussprache an.

Der Ausschuss stimmt gemäß Vereinbarung der Fraktionen wie folgt ab:

Die Änderungsanträge zum **Einzelplan 08** - Bereich Verkehr - (siehe Vorlage 13/1921) werden gemäß folgender Tabelle abgestimmt:

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP	abgelehnt
Nr. 2 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 3 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 4 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 5 (FDP)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 6 a) (CDU)	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 6 b) (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 7 a) (CDU)	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 7 b) (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 8 (FDP)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 9 (FDP)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 10 a) (FDP)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 10 b) (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP	abgelehnt
Nr. 11 a) (FDP)	mit den Stimmen der SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 11 b) (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP	abgelehnt
Nr. 12 a) (FDP)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 12 b) (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP	abgelehnt
Nr. 13 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP	abgelehnt
Nr. 14 (CDU)	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt

Der Ausschuss **stimmt** in der **Gesamtabstimmung** den in seiner Zuständigkeit liegenden Kapiteln des Entwurfs des **Einzelplans 08** in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **zu**.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2706

Ausschussprotokoll 13/637

8

Der Ausschuss stimmt gemäß Vereinbarung der Fraktionen wie folgt ab:

Die Änderungsanträge der Fraktionen zum Entwurf des Regionalisierungsgesetzes NRW
- siehe Drucksache 13/3277 - werden gemäß der folgenden drei Tabellen abgestimmt:

Anträge SPD/GRÜNE	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von FDP und CDU	angenommen
Nr. 2	mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig	angenommen
Nr. 3	mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig	angenommen
Nr. 4	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 5	mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig	angenommen
Nr. 6	mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der FDP	angenommen
Nr. 7	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP	angenommen
Nr. 8	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP	angenommen
Nr. 9	mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig	angenommen
Nr. 10	mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung von CDU und FDP einstimmig	angenommen
Nr. 11	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 12	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 13	mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung von CDU und FDP einstimmig	angenommen
Nr. 14	mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig	angenommen

Anträge CDU	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 2	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 3	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 4	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 5	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 6	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 7	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 8	mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt

Anträge FDP	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 2	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 3	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP	abgelehnt
Nr. 4	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 5	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt

Anträge FDP	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 6	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 7	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU	abgelehnt

In der **Gesamtabstimmung** wird der Gesetzentwurf Drucksache 13/2706 in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

3 SPNV-Finanzierungsplan

Vorlage 13/1801

10

Minister Dr. Axel Horstmann berichtet.

Das Einvernehmen wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP hergestellt.

4 Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen (Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen - TariftG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2965

Vorlage 13/1658

15

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/3267 wird mit rot-grüner Mehrheit gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

5 Gefahrgutbeförderungs-ZustVO

Vorlage 13/1795

-

Das Benehmen wird hergestellt.

Nächste Sitzung: 17. Dezember 2002

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt **Vorsitzender Manfred Hemmer** den neuen Verkehrsminister **Dr. Axel Horstmann** herzlich willkommen und hofft auf gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss über einen Brief von Ernst Schwanhold, in dem sich dieser für die gute Zusammenarbeit bedankt habe. Er - Hemmer - rufe dem ehemaligen Verkehrsminister, der immer ein offenes Ohr für die Anliegen des Ausschusses gehabt habe, ein herzliches Glückauf zu.

Das Straßenbauprogramm 2003, Bestandteil des Haushaltsplans, liege leider noch nicht vor. Es werde am 17. Dezember 2002 in einer Sondersitzung beraten.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800, 13/3150 und 13/3250
Vorlagen 13/1597 und 13/1598

Einzelplan 08 - Bereich Verkehr

Minister Dr. Axel Horstmann (MVEL) stellt die Zweite Ergänzung Drucksache 13/3250 vor:

Zunächst will ich Ihre Wünsche, Herr Vorsitzender, auf eine gute Zusammenarbeit erwidern. Ich weiß, dass in diesem Ausschuss gute Zusammenarbeit auch über Parteigrenzen hinweg Tradition hat und möchte meinen Teil dazu beitragen, das zum Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen zu bewahren. Außerdem bin ich ein Freund des offenen Wortes, ich rede ich gerne Klartext und bitte Sie, das mir gegenüber auch zu tun. Das sehe ich als Voraussetzung für eine produktive Zusammenarbeit an, bei der etwas erreicht werden kann.

Leider muss ich Ihnen als Erstes schlechte Botschaften überbringen. Die Finanzen aller Gebietskörperschaften auch die des Landes Nordrhein-Westfalen sind durch die Entwicklung, die bei der Steuerschätzung im November festgestellt worden ist, nachteilig berührt worden. Der Landeshaushalt ist mit einem Volumen von 1,4 Milliarden € negativ tangiert, die im Wesentlichen aus der Steuerschätzung und einigen anderen kleineren Veränderungen resultieren. Die Landesregierung hat sich genötigt gesehen, Entscheidungen zu treffen, die man nicht gut finden kann, nämlich die Neuverschuldung zu erhöhen und eine erhebliche globale Minderausgabe vorzuschlagen. Die Zweite Ergänzungsvorlage zum Haushalt enthält eine globale Minderausgabe in Höhe von

300 Millionen €. Dies wird den Verkehrsausschuss, der für Investitionen des Landes verantwortlich ist, besonders interessieren.

Die Zweite Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt ist noch nach der Aufteilung der alten Ministerien aufgestellt. Es gibt nach wie vor einen gemeinsamen Einzelplan 08 bezogen auf das bisherige Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr. Dort wird eine globale Minderausgabe von über 50 Millionen € anfallen. Sie wird etwa hälftig zwischen dem künftigen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und dem Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung aufgeteilt werden. Das heißt, wir müssen damit rechnen, dass im Bereich Verkehr und Energie eine globale Minderausgabe von etwas mehr als 25 Millionen € anfällt. Ich will nichts beschönigen. Nach den Kürzungen, die wir bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2003 zu verkräften hatten, ist dies ein weiterer gravierender Einschnitt in den finanziellen Besitzstand des Ministeriums.

Die Frage, wo genau diese globale Minderausgabe zu Programmkürzungen führen wird, wird gleich gestellt werden; deshalb nehme ich sie direkt auf. Sie wissen, dass ich darauf als Erstes sagen werde, dies lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht präzise beantworten. Denn es ist der Sinn einer globalen Minderausgabe, nicht bereits am selben Tag sagen zu müssen, wo dieses Geld eingespart wird. Mit dieser Antwort werden Sie sich nicht zufrieden geben. Deshalb sage ich noch: Bei uns sind die bestehenden rechtlichen Bindungen in den Bereichen ÖPNV, Eisenbahn, Luft- und Schifffahrt, Bergbau und Energie am höchsten. Sie dürfen mit anderen Worten in der Umkehrung schließen, dass der Landesstraßen- und Radwegebau von der globalen Minderausgabe leider in spürbarer Weise tangiert werden wird. Das ist bitter; aber ich kann es nicht verhindern. Es wird Sie wenig trösten, dass die Situation in den anderen Ressorts mindestens genauso problematisch ist, vor allem in den so genannten Förderhaushalten.

Natürlich werde ich zunächst versuchen, konsumtive Ausgaben einzuschränken und Investitionsmittel zu schonen - nicht nur aufgrund des verfassungsrechtlichen Unterschieds von Investitionen und Konsum im Haushalt, sondern auch von der Sache her. Deshalb werde ich einen Teil der globalen Minderausgabe bei den Zuführungen zum Landesbetrieb Straßenbau - ich bedaure, dass ich noch nicht die Zeit hatte, das mit dem Landesbetrieb zu besprechen - erzielen müssen. Ich glaube, dass dies in nennenswerter Weise möglich ist. Das kann ich damit begründen, dass der Landesbetrieb die in 2001 veranschlagten Zuführungen nicht in vollem Umfang verausgabte und im Zusammenhang mit der Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2001 Rücklagen gebildet hat - über die nach handelsrechtlichen Vorschriften notwendigen Rückstellungen hinaus.

Wir wollen, wenn der Haushalt 2003 verabschiedet worden ist, zusammen mit dem Landesbetrieb und den Wirtschaftsprüfern erörtern, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe z. B. die Möglichkeit besteht, in 2003 Rücklagen aufzulösen. Damit könnten wir die in 2003 veranschlagten Zuführungen in gleicher Höhe mit einem Teil unserer globalen Minderausgabe belasten, ohne dass es dadurch zu einer gravierenden Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraums kommt. Ich werde diesen Versuch unternehmen, um die Investitionsmittel des Straßenbauhaushalts, so weit als möglich, zu schonen. In welchem Umfang das geschehen kann, kann ich heute nicht vorhersagen. Ich füge hinzu: Im Konsens mit den Verantwortlichen des Landesbetriebs Straßenbau werden wir

nach einem Ergebnis suchen, das wir gemeinsam verantworten können. Ich bin davon überzeugt, dass der Landesbetrieb Straßenbau diese Herausforderung annehmen wird.

Ich mache ergänzend darauf aufmerksam, dass sich eine weitere globale Minderausgabe in Höhe von 3,3 Millionen € für den bisherigen Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr ergibt. Sie entsteht daraus, dass die ursprünglich vorgesehene globale Minderausgabe im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mit der Zweiten Ergänzungsvorlage zum Teil in eine einzelplanspezifische globale Minderausgabe aufgelöst, zum Teil durch titelscharfe Kürzungen ersetzt wird. Das trifft uns dann mit 3,3 Millionen € in dem gemeinsamen Geschäftsbereich des MWMEV mit einer entsprechenden Quote für das neue Haus, das derzeit im Entstehen begriffen ist.

Heinz Hardt (CDU) beklagt, dass die Legislative das Haushaltsrecht an die Exekutive habe abtreten müssen. Man werde die Aussage des Ministers, die investiven Bereiche zu schonen und die konsumtiven Bereiche zu kürzen, im Auge behalten. Das sei positiv für die Arbeitsplätze. Der Abgeordnete fragt, wann der Minister Aussagen darüber treffen könne, in welchen Bereichen gekürzt werde.

Minister Dr. Axel Horstmann führt aus, er sei gerne bereit, dem Ausschuss seinen jeweiligen Informations- und Entscheidungsstand mitzuteilen. Im zweiten Quartal 2003 seien wohl präzisere Angaben möglich.

Christof Rasche (FDP) bedauert, dass die globale Minderausgabe hauptsächlich zulasten des Straßenbaus gehe, da schon die Mittel des Entwurfs nicht ausreichend gewesen seien.

Die ureigenste Aufgabe dieses hohen Hauses sei das Haushaltsrecht. Er halte es nicht für richtig, dass die Landtagsabgeordneten durch die globale Minderausgabe die Prioritäten nicht mehr selbst setzen könnten, sondern dies dem Ministerium überlassen müssten. Die FDP lehne diese Vorgehensweise ab.

Erst im zweiten Quartal zu erfahren, wie die globale Minderausgabe erbracht werde, sei zu spät. Da es sich um eine große Summe handle, bitte er, in jeder Sitzung des Verkehrsausschusses um einen entsprechenden Bericht.

Gerhard Wirth (SPD) ist der Meinung, die Landesregierung habe die Notbremse zum richtigen Zeitpunkt gezogen. In der Zweiten Ergänzungsvorlage seien die richtigen Entscheidungen - globale Minderausgabe und andere Haushaltsmaßnahmen - getroffen worden. Die Parlamentarier überließen gleichwohl der Landesregierung die Entscheidung, wo gekürzt werde. Deshalb appelliere er an die Landesregierung - das habe in der Vergangenheit gut geklappt -, den Ausschuss in einem ständigen Dialog zu informieren, welche Maßnahmen betroffen seien. In einer Sondersitzung werde man noch das Benehmen über das Landesstraßenbauprogramm 2003 herstellen, das schon einige Wahrheiten enthalten werde. Von daher trage man auch die Verantwortung mit.

Die Frage von **Heinz Hardt (CDU)**, ob die hälftige Aufteilung der globalen Minderausgabe zwischen den beiden Ministerien gesichert sei, bejaht **Minister Dr. Axel Horstmann**.

Heinz Hardt (CDU) missbilligt, dass die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen erst heute vorlägen. - **Gerhard Wirth (SPD)** bittet um Verständnis. Ursprünglich hätten die Koalitionsfraktionen wegen der schwierigen Haushaltslage keine Anträge stellen wollen. Nachdem die CDU den Metrorapid in Anträgen aufgegriffen habe, habe man doch vier Anträge zum Metrorapid gestellt.

Christof Rasche (FDP) bittet, vor der Beratung der einzelnen Änderungsanträge eine Generaldebatte zum Haushalt 2003 zu führen.

Gerhard Wirth (SPD) erläutert, die Anträge sollten dokumentieren, dass man zum Metrorapid stehe und im Haushaltsvollzug deutlich machen wolle, die Ansätze nicht wie die CDU zu streichen, sondern in einer Größenordnung festzulegen, die weitere Regionalisierungsmittel nicht in Anspruch nehme. Wenn der Beschluss des Bundes erfolgt sei, flössen die Regionalisierungsmittel, die entnommen worden seien, zurück. Die Anträge sollten eindeutig klarmachen - das habe man immer gesagt -, dass keine anderen ÖPNV- und SPNV-Maßnahmen durch den Metrorapid gefährdet würden. Im Übrigen wolle man mit den Anträgen ein deutliches Signal nach Berlin senden, dass Berlin jetzt entscheiden müsse. Man setze auf das Wort des Kanzlers. SPD und Grüne unterstützten Minister Dr. Horstmann, in Berlin dafür zu kämpfen, dass die Bundesmittel für den Metrorapid zur Verfügung gestellt würden.

Heinz Hardt (CDU) hält es für bedenklich, dass in Kapitel 08 081 Titelgruppe 78 - Mittel des Bundes, der EU und anderer - 1,75 Milliarden € des Bundes als Verpflichtungsermächtigung eingesetzt seien. Es gebe keinen Staatsvertrag zwischen Bund und Land. In der entsprechenden Vorlage des Bundes sei die Summe nicht erkennbar. Mit diesem Geld gehe das Land in die Vorfinanzierung. Das widerspreche eindeutig der Entschließung vom 1. März 2002. Dies sei ein Haushaltstrick, weil das Geld des Bundes normalerweise Einnahmen seien und keine VEs. Die Koalitionsfraktionen glaubten dem Bund also auch nicht.

Es sei bemerkenswert - so **Christof Rasche (FDP)** -, dass die Haushaltsanträge der Koalition neuerdings aus Haushaltsanträgen der Opposition abgeleitet würden und nicht aus eigener Initiative entstünden.

Die Verkehrsinfrastruktur sei ein elementarer Bestandteil der nordrhein-westfälischen Landespolitik. Insbesondere der Ausbau, aber auch der Erhalt der Straßen sei wichtig für die Mobilität, aber auch für den Standort Nordrhein-Westfalen, der in Konkurrenz zu anderen Bundesländern und den Benelux-Ländern stehe. Viele Verbände auch die Industrie- und Handelskammern hielten die Verkehrsinfrastruktur nicht mehr für bedarfsgerecht. Der bedarfsgerechte Ausbau und Erhalt der Landesstraßen sei einmal das Ziel der Landesregierung gewesen. Nun gingen die Straßen kaputt, weil die finanziellen Mittel nicht ausreichten.

Ein bezeichnendes Beispiel seien die Maßnahmen unter 3 Millionen €. Er habe eine Beratung im Regionalrat Arnsberg für 2003 verfolgt. Dieser habe ca. 30 Maßnahmen für unbedingt

notwendig erachtet. Mit den Mitteln, die das Land zur Verfügung stelle, seien aber maximal zwei durchzuführen. Wenn eine Haushaltssperre eintrete, werde wahrscheinlich keine Maßnahme verwirklicht. Dies sei nicht der bedarfsgerechte Ausbau und Erhalt, den sich die FDP vorstelle. Deshalb habe die FDP in ihren Anträgen schwerpunktmäßig Haushaltserhöhungen im Landesstraßenbau vorgenommen.

Metrorapid: Die FDP stehe weiterhin zum Metrorapid und stimme mit Heinz Hardt überein, dass es sich um eine Vorfinanzierung des Landes handle, die zulasten der Regionalisierungsmittel gehen werde, wenn die Mittel aus Berlin nicht flössen. Er - Rasche - gehe davon aus, dass der Metrorapid kommen müsse. Der Bund müsse zu seinen Versprechungen stehen, und das Land sei am Zuge, schnellstens ein Finanzierungskonzept vorzulegen.

Peter Eichenseher (GRÜNE) meint, dass die Tendenz dieses Haushalts klar sei, nur Änderungsanträge mit Einsparvorschlägen hätten eine Chance. Es spreche wenig für den Realitätsinn der FDP, 45 Millionen € für die Bezuschussung einer Landebahn in Westfalen einstellen zu wollen.

Er begrüße die größere Transparenz - auch durch die Änderungsanträge der Koalition. Wenn aus Berlin keine Mittel kämen, müsse man über die weitere Zukunft des Metrorapid nicht reden. Dieses Projekt sei nur finanzierbar, wenn der Bund seinen Anteil leiste. Zu dem weit vorausblickenden Beschluss vom 1. März stünden die Grünen uneingeschränkt. Man hoffe, dass sich auch die anderen Fraktionen an diesen Beschluss hielten. Man sei sich mit dem Ministerpräsidenten einig, dass eine weitere Vorfinanzierung über das hinaus, was das Land inzwischen geleistet habe, nächstes Jahr nicht möglich sei. Dies werde in den Anträgen von SPD und Grünen zwingend festgeschrieben.

Die Anträge seien nicht so leicht zu verstehen, wenn man sie als Tischvorlage erhalte. Deshalb verweise er auf die letzte Seite von Antrag 7 b):

"Die vorfinanzierten Planungsmittel des Landes werden durch den Bundeszuschuss refinanziert. Baumaßnahmen des Metrorapidprojektes können erst nach Bereitstellung der Bundesmittel im Bundeshaushalt ab 2003 begonnen werden."

Damit sei klar, dass auch die Höhe dessen, was nächstes Jahr noch fällig sei, festgeschrieben werde. Insoweit bestehe kein Widerspruch zum Landtagsbeschluss.

Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,75 Milliarden €, von denen die CDU gesprochen habe, könnten natürlich erst dann in Anspruch genommen werden, wenn Bundesmittel flössen. Auch dies gehe aus den Anträgen hervor.

Berlin habe in der Kabinettsitzung am 20. November 2002 zu Recht ein Finanzierungskonzept des Landes Nordrhein-Westfalen verlangt. Es habe zwei Anläufe für ein Finanzierungskonzept gegeben, die aber inzwischen wertlos geworden seien, weil sie nicht stimmig seien und eine klare Beschlussfassung vorliege. Er sei auf das dritte Finanzierungskonzept gespannt. Wenn es vorliege, werde man zügig entscheiden, wie es weitergehe, ohne dass weitere Risiken auf das Land zukämen.

Minister Dr. Axel Horstmann äußert, der Metrorapid sei kein Himmels Geschenk, sondern eine Kampfaufgabe. In einer Haushaltslandschaft wie der jetzigen stehe dieses Projekt ebenso im Verteilungskonflikt wie alles andere auch. Er wolle gemeinsam mit dem Ausschuss auf der Basis völliger Transparenz und Offenheit dafür kämpfen, den Metrorapid nach Nordrhein-Westfalen zu holen und die dafür erforderlichen Bundesmittel zu erhalten. Er glaube, dass es sehr wichtig sei, wie sich das Land und die politischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen insgesamt aufstellten, um in Berlin bei denen, die über den Bundeszuschuss zu entscheiden hätten, zu reüssieren. Er begrüße die Anträge der Koalitionsfraktionen. Denn sie machten deutlich, wie der Metrorapid finanziert werden solle. Sie definierten klar, in welchem Ausmaß das Land für den späteren Erfolg zu einer Vorfinanzierung von Planungsleistungen bereit sei, zeigten aber auch die Grenzen dieses Engagements auf, wann Bundesmittel unabdingbar fließen müssten, damit NRW die Planungen fortsetze. Auf der Grundlage dieser Offenheit wünsche er sich, sich möglichst gemeinsam für nordrhein-westfälische Interessen einzusetzen, um erfolgreich zu sein.

Die Zukunft des Metrorapid werde sich in den nächsten drei bis vier Monaten entscheiden. Im Frühjahr stehe die Beschlussfassung über den Bundeshaushalt 2003 an. Etwa im März werde die entscheidende Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages stattfinden. Auf diesen Termin steuere er zu, und er werde alles dafür tun, dass Nordrhein-Westfalen bis dahin so aufgestellt sei, um maximale Chancen zu haben, erfolgreich zu sein. Er bitte den Ausschuss herzlich, diese Haltung zu unterstützen.

Heinz Hardt (CDU) stellt klar, die CDU werde den Metrorapid weder auf Bundes- noch auf Landesebene unterstützen. Mit dieser hohen Summe werde keine Optimierung des Angebots für die Fahrgäste erreicht. Schon am 15. Dezember 2002 würden viele Pendler mit ungünstigen preislichen Strukturen konfrontiert. Die Mobilität werde zum Teil durch längere Fahrzeiten eingeschränkt, wenn man nicht tiefer in die Tasche greifen wolle.

Minister Dr. Axel Horstmann gibt zu bedenken, dass die Haltung der CDU aus seiner Sicht nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen sei. Zum 15. Dezember 2002 werde sich der Nahverkehr mit den klassischen Verkehrsmitteln in Nordrhein-Westfalen nicht verschlechtern, sondern deutlich verbessern. Die Betriebsleistung im Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen werde von 87 Millionen Zugkilometer auf 98 Millionen Zugkilometer ausgebaut. Damit liege man vor allen anderen Bundesländern; Nordrhein-Westfalen werde zum Bahnland Nummer eins. Daran änderten auch unschöne Begleiterscheinungen wie das Aufgeben bestimmter Interregioverbindungen, das er in Teilen auch bedauere, nichts. Unter dem Strich habe man in Nordrhein-Westfalen mehr und besseren Nahverkehr.

Ministerpräsident Steinbrück habe in seiner Regierungserklärung deutlich gesagt, dass in dieser Legislaturperiode weiter an den Voraussetzungen gearbeitet werde, um in der nächsten Legislaturperiode 106 Millionen Zugkilometer im Integralen Taktfahrplan 3 anzustreben - inklusive der Verkehrsleistungen des Metrorapid. Bei der NRW-Nahverkehrspolitik gehe es nach vorne und nicht rückwärts.

Heinz Hardt (CDU) führt aus, die Tarife des ITF 2, der zum 15. Dezember in Kraft treten werde, werde gerade in den Grenzbereichen von Verkehrsverbünden zu einem Problem - auch

im SPNV. Er bedauere, die Einstellung von Interregioverbindungen. Wenn man die bisherige Mobilität aufrechterhalten wolle, müsse man ein Ticket für 51,10 € hinzukaufen, das dann auch für andere Züge gelte. Auch das sei ein kleiner Griff in die Tasche der Pendler. Manche müssten vielleicht längere Wege in Kauf nehmen.

Außerdem würden beim ITF 2 zwar die Zugkilometer steigen, aber die Summe von 7,1 Millionen € für den ITF 2 werde unverändert bleiben. Die Verkehrsverbünde müssten den entstehenden Fehlbetrag zulasten der Kommunen umlegen oder den Minutentakt verschlechtern.

Gerhard Wirth (SPD) widerspricht. Nichts werde schlechter und keine Kommune werde wegen des ITF 2 mehr bezahlen.

Christof Rasche (FDP) regt an, in der nächsten Verkehrsausschusssitzung die Auswirkungen des ITF 2 und des neuen Preissystems zu diskutieren.

Vorsitzender Manfred Hemmer ruft die Beratung der Änderungsanträge zum **Einzelplan 08** auf.

(Die Anträge sind in Vorlage 13/1921 aufgelistet. Die **Abstimmungsergebnisse** zu den einzelnen Anträgen erscheinen **ausschließlich im Beschlussprotokoll**.)

Antrag Nr. 6 b) (SPD/GRÜNE)

Kapitel 08 081 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs
Titelgruppe 77 - Metrorapid

Christof Rasche (FDP) führt aus, dass in diesem Antrag auf S. 2 die Erläuterungen zur Titelgruppe 77 ergänzt würden, u. a. durch den Satz:

"Bis zur Beschlussfassung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages über die Einstellung von Barmitteln ... in den Bundeshaushalt 2003 werden keine weiteren Barverpflichtungen eingegangen."

Im Haushalt 2002 habe es die Möglichkeit gegeben, Verpflichtungen bis zu 37 Millionen € einzugehen. Der Abgeordnete fragt, ob die Grenze von 37 Millionen € bereits erreicht sei.

StS Hennerkes (MVGL) antwortet, in den Haushalt 2002 seien 37,023 Millionen € eingestellt. In diesem Jahr würden ungefähr 16,2 Millionen € verausgabt. Mit der hier getroffenen Regelung sei sichergestellt, dass die verpflichtenden Ausgaben - in 2003 ungefähr 31 Millionen € - haushaltsmäßig abgesichert seien.